

— Beschluss der Landesdelegiertenversammlung — 2. bis 4. November 2017 —

**Langfassung: Erklärung der GEW-Landesdelegiertenversammlung zur Bildungspolitik und zum Arbeitskräftemangel im Bildungswesen**

---

Fragen der Bildungspolitik nehmen zurzeit in der Öffentlichkeit einen hohen Stellenwert ein, das zeigte nicht zuletzt der Bundestagswahlkampf 2017. Es wird dabei vor allem auf die Notwendigkeit verstärkter Bildungsanstrengungen als Beitrag zur Verbesserung internationaler Wettbewerbsbedingungen rekurriert; die gesellschaftlichen und politischen Dimensionen von Bildung werden dagegen massiv vernachlässigt und rücken zunehmend in den Hintergrund. Dies ist ebenso wie der zunehmende Personalmangel im sozialen Bereich, in Kindertagesstätten, in den Schulen, in den Hochschulen und in der Weiterbildung auch Ausdruck des seit Jahren zu beobachtenden Übergreifens ökonomischer Interessen auf gesellschaftliche Bereiche, in denen das Wohl von Menschen Priorität haben sollte.

Bei den aktuell diskutierten bildungspolitischen „Reformen“ geht es dem herrschenden Mainstream um betriebswirtschaftliche Effizienz, Konkurrenz und Verwertbarkeit, also „Employability“. Auf der Strecke bleiben dabei Bildungseinrichtungen, die es Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen ermöglichen, sich frei entsprechend ihrer Bedürfnisse zu entwickeln und zu entfalten. Anstatt durch Schule und Hochschulen gehetzt zu werden brauchen sie Zeit für ihre persönliche Entwicklung. Sie brauchen Zeit für spielerisches Erproben und kreatives Gestalten, für gründliches Nachdenken und kritisches Prüfen sowie für die Entwicklung von Urteilsfähigkeit. Lernstress durch immer neue Vorgaben und eine von „Testeritis“ und permanenter Selbstoptimierung u.a. durch sogenannte Kompetenzraster beherrschten Lernatmosphäre behindern Bildung.

Die Schulen (hier synonym für alle Bildungseinrichtungen) haben laut Verfassung des Landes Hessen einen Bildungs- und Erziehungsauftrag wahrzunehmen, demzufolge Bildung mehr darstellt als die Summe messbarer Lernergebnisse. Bildung darf nicht reduziert werden auf ein effizienzorientiertes „Fitmachen“ für den Markt. Die derzeitige Bildungspolitik verengt Bildung – vom Kindergarten über die Schulen und Hochschulen bis zur Weiterbildung – auf die Vermittlung instrumenteller Fertigkeiten („Kompetenzen“). Zugespitzt kommt dies in der Debatte um die „Digitalisierung“ zum Ausdruck. Die Forderung nach Modernisierung der Schule zielt auf unkritische Anwendung, und verfehlt Wesentliches, nämlich Wissen und Fähigkeiten, die den kritischen Blick schärfen und der Beherrschbarkeit der Technik dienen. Derart ausgerichtet und auf allen Ebenen immer mehr durch ein „Teaching-to-the-test“ bestimmt, bleibt Bildung in ihrer ethischen und emanzipatorischen Funktion auf der Strecke.

Lehrkräften kommt im Bildungsprozess eine zentrale Rolle zu. Der Lehrerberuf ist ein Beziehungsberuf, der Lehrer/die Lehrerin als Vorbild, der Lehrer/die Lehrerin als Vermittler/in von Wissen stehen für viel mehr als ausschließlich für Beratung. Bildungsarbeit ist so viel mehr als „Lernberatung“ und das von neoliberaler Seite propagierte Leitbild des Lehrers als „Lernberater“ kommt scheinbar fortschrittlich daher, ist aber eine massive Abwertung des Berufes, der eine

gehaltmäßige Abwertung zwingend folgt, die in Hessen von der schwarz-grünen Landesregierung teilweise auch schon durchgesetzt ist. Um ihrer Verantwortung für die heranwachsende Generation gerecht werden zu können, brauchen Lehrer/innen an Schulen und Hochschulen pädagogische Freiheit und mehr Mitbestimmungsrechte. Für die hessische GEW ist die pädagogische Freiheit in Schule und Hochschule ein hohes Gut, das durch normierende Methoden, die im Gleichschritt angewendet werden sollen, zunehmend in Gefahr gerät. Die Rechte der Gesamtkonferenz müssen wahrgenommen, angewendet und gestärkt werden, damit Schulentwicklung als demokratischer Prozess gestaltet und nicht als „Topdown“ Verordnung angeordnet werden kann. Der Begriff der „Führung“ stammt aus vordemokratischer Zeit und ist nicht geeignet für Schulen und Hochschulen in der Demokratie.

Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen müssen für gelingende Bildungsarbeit menschenfreundliche Lernbedingungen bieten können. Dazu gehören u.a. eine umfassende Versorgung mit professionellem Personal (Erzieher/innen, Lehrkräfte, Sozialarbeiter/innen, Mediator/innen, Psycholog/innen, Sekretär/innen, Hausmeister/innen u.a.), eine angemessene räumliche und materielle Ausstattung und Planungssicherheit. All dies muss „Sache des Staates“ bleiben. Wenn die Regeln der Ökonomie die pädagogischen Prozesse bestimmen, werden Schulen zu Dienstleistungsunternehmen degradiert, die um „Kunden“ (Eltern, Schüler) wetteifern, anstatt kollegial zusammenzuarbeiten und junge Menschen zu selbstständigem Denken und solidarischem gemeinsamen Handeln zu befähigen.

Eine demokratische Gesellschaft braucht demokratische Schulen und Hochschulen. Dies gilt für die innere Verfasstheit (Gremien), für Inhalte und Methodik des Unterrichtes und natürlich auch für die Organisationsstruktur. Unser heutiges gegliedertes Schulsystem entspricht nicht den Anforderungen einer demokratischen Gesellschaft. Die inklusiv arbeitende Schule für alle bleibt daher das Bildungspolitische Ziel der GEW. Inhaltlich muss die politische Bildung in allen Bildungseinrichtungen massiv aufgewertet werden. „Demokratiekompetenz“ (Oskar Negt) ist eine zentrale Voraussetzung um Globalisierungsprozesse demokratisch in den Griff zu bekommen, um nationalliberalem bis rechtsextremem Gedankengut entgegenzutreten zu können, die Gesellschaft mitzugestalten und eigene Interessen offensiv und selbstbewusst vertreten zu können. Für die hierzu notwendigen Lernprozesse müssen in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Weiterbildung deutlich mehr Zeit, Engagement und Aufmerksamkeit aufgewandt werden. Wir brauchen Menschen mit Zivilcourage und Empathie, mit Fähigkeit zu Solidarität und mit Verantwortungsbewusstsein für das Allgemeinwohl. Bildungseinrichtungen, die diese Aufgaben ernst nehmen, in denen Demokratie gelebt wird, sind keine Wirtschaftsunternehmen und mündige Bürgerinnen und Bürger sind kein „Humankapital“.

In den letzten Jahren hat sich das Bildungswesen jedoch unter Sparzwang und Ökonomisierungsdruck einerseits und einer von neoliberalen bildungspolitischen Vorstellungen geprägten Debatte andererseits von den hier skizzierten bildungspolitischen Vorstellungen immer weiter entfernt. Die in dieser Politik zum Ausdruck kommende Abwertung der Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern,

Hochschulmitarbeiterinnen und Hochschulmitarbeitern findet auch ihren Ausdruck in zu niedriger Einstufung, in Nullrunden, zu geringen Gehaltserhöhungen und überhöhten Arbeitszeiten. Die schwarz-grüne Landesregierung vollstreckt auf allen Ebenen ein neoliberales bildungspolitisches Programm.

Die seit der Jahrtausendwende rund 20prozentige materielle Abwertung gegenüber der allgemeinen Tarifentwicklung hat die Lehrkräfteberufe für junge Leute zunehmend unattraktiver gemacht. Erzieherinnen und Erzieher kämpfen seit Jahren um eine deutliche materielle Aufwertung ihrer Arbeit, die hier von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse reichen bei weitem nicht aus. Im Grundschullehramt wird die allgemeine Abwertung zusätzlich durch die ungerechte und frauendiskriminierende niedrigere Eingruppierung nach A 12 verschärft. Im Förderschullehramt verschärft die unsichere Perspektive durch den „politischen Schleuderkurs“ bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention zusätzlich den Nachwuchsmangel und ein ausuferndes System befristeter Beschäftigung an Schulen und insbesondere Hochschulen mag zwar dem „Leitbild“ flexibler und deregulierter Arbeitsverhältnisse entsprechen, attraktive Berufsperspektiven bietet es nicht.

Der Personalkräftemangel im Bildungswesen ist kein kurzfristiges Problem, dem mit kurzatmigen Behelfsmaßnahmen beigegeben werden kann, er ist vielmehr Folge einer langjährigen verfehlten Politik, deren Lösung eine grundsätzliche Abkehr von neoliberalen Leitbildern und nicht zuletzt der Austeritätspolitik der vergangenen Jahre erfordert. Diese Abkehr ist zwingend erforderlich, um Klassen- und Gruppenobergrenzen zu senken, dringend nötige Arbeitszeitreduzierungen zu ermöglichen und eine generelle Aufwertung der Berufe im Bildungs- und Erziehungswesen glaubhaft nach außen zu vermitteln.

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen fordert die politisch Verantwortliche in Hessen – Regierung wie Opposition - zu einer Neubestimmung der Bildungspolitik auf. Wir fordern:

- Bildungseinrichtungen sind keine Betriebe, junge Menschen kein Humankapital, hier muss inhaltlich umgesteuert werden!
- Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Bildungs- und Erziehungsberufe muss gewürdigt werden!
- Dequalifizierungstendenzen muss eine Absage erteilt, Bildungs- und Erziehungsberufe müssen auch durch deutlich bessere Bezahlung aufgewertet werden! Mindestens A 13 für alle!
- Die Zahl der Ausbildungsplätze im Studium und im Vorbereitungsdienst muss angehoben, der Numerus Clausus abgeschafft und die Bezüge der Anwärtinnen und Anwärter deutlich erhöht werden!
- Eine Bildungspolitik mit klaren gesellschaftspolitischen Entwicklungsperspektiven, denn insbesondere bei der politischen Bildung, beim kritischen Umgang mit der Digitalisierung, bei der Überwindung des gegliederten Schulsystems, bei der Inklusion und bei der Ganztagschulentwicklung besteht dringender Handlungsbedarf!
- Die eklatante Unterfinanzierung des Bildungswesens muss durch eine deutlich verbesserte finanzielle Ausstattung von Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen beendet werden. (Siehe hierzu auch DS A 5/2017)

Der GEW Hessen ist bewusst, dass viele der hier angesprochenen massiven Probleme nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Generell unterstützt die GEW alle bildungspolitischen Schritte,

die in die richtige Richtung weisen. Nicht nur im Hinblick auf den aktuellen Personalmangel ist die GEW bereit, Übergangskonstrukte mitzutragen, wenn durch Grundsatzentscheidungen klargestellt ist, dass dies wirklich nur Übergangskonstrukte sind, gute Arbeitsbedingungen gewährleistet und die Qualität der pädagogischen Arbeit gesichert sind.